



Die Meinung der anderen ist Hetze.

NORBERT BOLZ

Das Volk, der Feind der Demokratie

Die von den Grünen geführte Ampel regiert gegen das Land, weil es ihr um Grösseres geht: die Rettung der Welt. Der Wählerwille steht da nur im Weg.



Norbert Bolz

👍 4 🗨️ 87 📄 2



26.01.2024

Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt.» Das ist ein bitter-ironischer Satz aus dem Gedicht «Die Lösung», mit dem Bertolt Brecht die Reaktion der Machthaber auf die Arbeiterproteste des 17. Juni 1953 kommentiert hat. Die Lösung, die Brecht sarkastisch dem DDR-Regime empfiehlt, besteht darin, das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen. Ähnliches geht offenbar auch den Vertretern der Ampelregierung angesichts der Bauernproteste durch den Kopf.

OneDrive Anleitung PDF

Entdecken Sie die Nummer 1 unter den Cloud Diensten - jetzt gratis E-Book herunterladen!

Gratis-Report

Herunterladen

Die Angst, abgewählt zu werden

Die Elite aus Politik und Medien will ein anderes Volk. Und einige versuchen sogar, ein neues Volk aus loyalen Rot-Grün-Wählern zu importieren. Wer dagegen an die «Stimme des Volkes» erinnert, die in allen grossen Fragen wie Migration, Klima- und Geschlechterpolitik so ganz und gar nicht auf Regierungslinie liegt, wird als Populist und Ewiggestriger abgefertigt. Wir treten offenbar in ein neues Stadium der Politik

ein. Die politisch-mediale Elite hat jetzt den Mut, den wahren Feind der Demokratie beim Namen zu nennen: das Volk. So konnte man gerade auf *Zeit* online lesen, die eigentliche Gefährdung der Demokratie gehe von der Wahlentscheidung der Massen aus.

Dass in Demokratien das Volk der Souverän ist, war den Eliten natürlich schon immer ein Dorn im Auge. Aber heute spitzt sich das zu einer interessanten Paradoxie zu. Demokratie ist zum Störfaktor für all diejenigen geworden, die angeblich die Demokratie verteidigen. Immer häufiger hört und liest man in regierungstreuen Medien: «Unsere Demokratie ist in Gefahr.» Für die politische Elite bedeutet das im Klartext aber lediglich: Wir haben Angst, abgewählt zu werden und unsere üppig honorierten Regierungsjobs zu verlieren.

Aus den vielen Initiativen der Ampelregierung ragt das Gesetz zur «Demokratieförderung» heraus. Es handelt sich dabei um eine Art Reeducation 2.0. Es ist, bei Lichte betrachtet, aber auch ein anderer Name für den alten «Kampf gegen rechts». Denn was ist rechts? Offenbar alles, was der politischen Agenda der rot-grünen Elite widerspricht. Zur Förderung der Demokratie gehören deshalb neue Meldestellen, die Handlungen und Meinungen der Unbelehrbaren «auch unterhalb der Strafbarkeitsschwelle» registrieren. So soll sich Deutschland in ein Land der «Hinweisgeber» – zu Deutsch: Denunzianten – verwandeln. Regierungskritik ist Hassrede; die Meinung der anderen ist Hetze.

In den Regierungsmassnahmen gegen Hass und Hetze geht es aber gar nicht um Hass und Hetze, sondern darum, es immer schwieriger zu machen, zu sagen, was ist. Angeblich geht es um Desinformation und Hassrede, in Wahrheit aber um die Unterdrückung abweichender Meinungen. Wer die Regierung der Guten kritisiert, ist ewiggestrig, staatsfeindlich, böse. Das konnte man gerade wieder an der Berichterstattung über den Protest der Bauern an der Fähre beobachten, die den Wirtschaftsminister Habeck aus seinen Weihnachtsferien zurückbrachte. Keines der Staatsmedien liess sich die Gelegenheit entgehen, das Geschehen als die deutsche Variante der Erstürmung des Kapitols zu präsentieren. Und das alles übergreifende, geschickt suggerierte «Narrativ» lautet: Alle Proteste gegen die Ampel sind von Rechtsradikalen unterwandert, die von Moskau bezahlt werden.



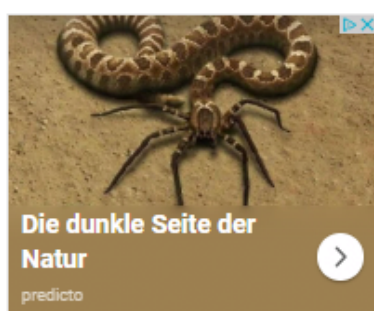
«Follow the science»

Der Staatsrechtler Carl Schmitt meinte, souverän sei, wer über den Ausnahmezustand entscheidet. Das trifft, wie wir spätestens in der Corona-Zeit gemerkt haben, durchaus zu. Souverän ist aber auch, wer darüber entscheiden kann, was Meinungsfreiheit ist. Eine autoritäre Regierung ist deshalb jederzeit in der Lage, jede Kritik an ihrer Politik mundtot zu machen und sie gegen die Bürger durch Steuerung der Medien durchzusetzen. Eigentlich müssten ja die klassischen Medien regierungskritisch sein, aber sie versagen hier schon seit Jahrzehnten. Und deshalb sehen sie in den sozialen Medien ihren grössten Feind – zu Recht! Nicht anders steht es um die Gefälligkeitswissenschaftler der woken Universitäten, die die Bürger mit

ihrem Mantra «Follow the science» auf Regierungslinie bringen wollen. Diese akademischen Freizeitgehirne haben sich längst vom Realitätsprinzip gelöst.

Hinter alledem mögen gute Absichten und Gesinnungen stehen. Aber entscheidend ist doch, dass die politisch-mediale Elite glaubt, die Demokratie gegen das Volk verteidigen zu müssen. Die Konsequenz lautet natürlich: Umerziehung, genannt «Demokratieförderung». Doch die Demokratie von Regierungsseite zu fördern, ist genauso paradox wie Jean-Jacques Rousseaus Projekt, die Bürger zur Freiheit zu zwingen. Das ist nicht ganz leicht zu durchschauen, und man muss zugeben, dass sich die Vormundschaftsmentalität der politischen Klasse und ihrer Sympathisanten damit durchaus geschickt tarnt. «Engagementsstrategie» und «Vielfaltsgestaltung» sind die paradoxen Begriffe einer paternalistischen Politik, die vorgibt, die Bürger zum Engagement zu erziehen und in ihrer Freiwilligkeit zu unterstützen. Und in den Talkshows feiern die Guten dann mit bestem Gewissen ihre Eliteherrschaft.

«Demokratieförderung» ist genauso paradox wie die berüchtigten «vertrauensbildenden Massnahmen». So hat die Regierung zur Stärkung der Demokratie «Bürgerräte» eingerichtet, die, «zufällig ausgewählt», genau das fordern, was eine der Ampelparteien will. Gerade hat der «Bürgerrat Ernährung» exakt das verlangt, was die paternalistischen Grünen wollen. Derartige Simulationen des Bürgerwillens führen zu einer Light-Version der Räterepublik – Friedrich von Hayek hätte gesagt: Es ist der Weg zur Knechtschaft.



Politik der Panik

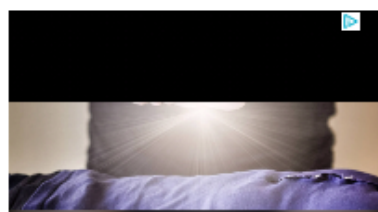
Viele wundern sich, wie es der Ampel gelingen kann, dauerhaft gegen die Mehrheit der Bevölkerung zu regieren – man denke nur an das Gendern, das Heizungsgesetz, die Schuldenbremse und vor allem natürlich die Massenmigration «ohne Obergrenze». Das kann man nur durch eine Politik der Panik erreichen, die bei Corona getestet und nun auf Klima und Energie übertragen worden ist. Hinzu kommt der perverse Effekt der «Brandmauer gegen rechts». Das «bunte Bündnis» aller Parteien gegen die AfD macht es für einen Bürger so gut wie unmöglich, nein zur herrschenden Politik zu sagen.

Was als politische Mitte gilt, ist nach der Errichtung dieser «Brandmauer» extrem verrutscht. Man soll offenbar den Eindruck bekommen, die Linke sei die Mitte der Gesellschaft. Das ist die Folge einer fortdauernden Diffamierung immer grösserer Teile der Bevölkerung als rechtsextrem – ob es nun um die EU, Massenmigration, Corona, das Gendern oder die Bauernproteste geht. In den Augen der politisch-medialen Elite ist das Volk rechts – also muss es umerzogen werden. Umerziehen und abhängig machen – das ist der Job der allgegenwärtigen Betreuer, die dafür sorgen, dass die Bürger lernen, sich hilflos zu fühlen. Die Gleichheit aller in Abhängigkeit vom Staat ist das, was man den Untertanen an der Stelle von Freiheit bietet. Und mit dem Bürgergeld ratifiziert der deutsche Wohlfahrtsstaat, dass die Selbstbehauptung nicht mehr geleistet werden muss. Das ist der «Respekt», den die SPD im Wahlkampf den Bürgern versprochen hat. Es handelt sich hier um die

Reinform des Paternalismus: Vater Staat und die Oberlehrer. Die Regierung genehmigt dem Bürger das Leben. Und wer sich dagegen mit Hinweis auf Meinungsumfragen wehrt, gilt als Populist.

Rettung der Welt

Natürlich kann die deutsche Regierung die katastrophalen Umfragewerte ihrer Parteien nicht einfach ignorieren. Aber sie lässt sich davon auch nicht irritieren. Dass die Stimmung im Lande schlecht ist, sei nur eine Folge davon, dass die Politik noch nicht richtig kommuniziert werde. Es bedeutet aber im Klartext: Wir denken nicht im Traum daran, unsere Politik an den Wünschen der Bürger zu orientieren.



Free Teaching for All



Erlebe die unschlagbare Magie der Energy Medicine...

Öffnen >

Wie gesagt: Sie tun es alle mit bestem Gewissen. Die in Wahrheit von den Grünen geführte Ampelregierung regiert gegen das Volk, weil es ihr um Grösseres geht: die Rettung der Welt. Sie glaubt allen Ernstes, dem Rest der Welt vorangehen zu müssen und ein Beispiel zu geben, dem dann alle folgen werden. Und das ist eben die neuere deutsche Geschichte in Kurzfassung: Nach dem politischen Grössenwahn kam das Wirtschaftswunder und dann der moralische Grössenwahn.

Norbert Bolz ist emeritierter Professor für Medienwissenschaften der TU Berlin und Bestseller-Autor («Der alte, weisse Mann: Sündenbock der Nation»). Das grosse Video-Interview von *Weltwoche*-Verleger Roger Köppel mit Professor Bolz finden Sie ab Samstag, 27. Januar, 14 Uhr, auf Weltwoche.de.

Mehr von dem täglich in Ihrer Mail-Box:

Newsletter abonnieren

4 Kommentare zu "Das Volk, der Feind der Demokratie"

onckel fritz

27. Januar 2024 um 13:37 Uhr

Die marschierenden FDJniks in kurzen Höschen lassen mich an den Billy-Wilder-Film „Eins-Zwei-Drei“ denken, in dem Horst Buchholz einen Jungkommunisten verkörpert und vom Coca-Cola-Boss mal eben auf adeligen Bräutigam umlackiert werden muss. Obenrum in Schlips und Kragen, untenrum in Unterhosen und Sockenhaltern will er die Weltrevolution ausrufen.

[Antworten](#)

👍 2 🗨️ 0

per aspera ad astra

27. Januar 2024 um 13:17 Uhr



Praktische Artikel auf Temu

Temu

per aspera ad astra

27. Januar 2024 um 13:17 Uhr

1555 gaben die Landesfürsten im Augsburger Religionsfrieden endgültig ihr Recht auf den Glauben ihrer Untertanen zu bestimmen. Heute muß man erleben das die Politiker der "absolutistischen Brandmauer der Verblendung und Überheblichkeit" ähnlich wie radikale Sektenführer den Bürger in ihr "Paradies" zwingen wollen. Weigerung ist Ketzerei. Und Ketzer verbrennt man. Damals gab es die Inquisition, die wenigstens fragte bevor es zu oft brannte. Heute wird nicht mehr gefragt - heute brennt man sofort.

[Antworten](#)

👍 2 🗨️ 0

wieland schmied

27. Januar 2024 um 8:52 Uhr

Ein brillanter Artikel, doch einen Satz - absolut gesehen - kann man m. E. so nicht unwidersprochen hinnehmen: *Das «bunte Bündnis» aller Parteien gegen die AfD macht es für einen Bürger so gut wie unmöglich, nein zur herrschenden Politik zu sagen.
Es gibt eben diese Möglichkeit für den Bürger "nein" zu sagen,. Und eben diese "Möglichkeit" ist ja einer der aktuellen Gründe für den "Linken Furor" in diesem Staate. Frei nach Willy Brand: Der Himmel über (der Ruhr) Deutschland muß blau werden.

[Antworten](#)

👍 8 🗨️ 0

piet

27. Januar 2024 um 8:42 Uhr

Die Regierung hat das Vertrauen des Volkes verscherzt! Die kapieren das aber nur, wenn sie abgewählt werden! Was nützt es, wenn 80% sagen, sie wären mit der Arbeit der Regierung unzufrieden, dann aber 70% genau die Parteien wiederwählen, aus denen sich die Regierung zusammensetzt? Wer die Nase voll hat von ökosozialistischer Bevormundung, der darf keine der Altparteien von den LINKEN bis zu CDU/CSU mehr wählen! Das Volk ist nicht für die Regierung da, sondern die Regierung für das Volk!

[Antworten](#)

👍 16 🗨️ 0



Tiefpreis Alarm
Tamu

SCHREIBEN SIE EINEN KOMMENTAR

500 Zeichen verbleiben

[Kommentar abschicken](#)

Bitte beachten Sie die [Netiquette-Regeln](#) beim Schreiben von Kommentaren.

Den Prozess der Weltwoche-Kommentarprüfung machen wir in dieser [Erklärung](#) transparent.